



**Planunterlage** angefertigt vom  
**Katasteramt Osnabrück**  
 Maßstab 1: 1000

Landkreis Osnabrück, Gemeinde Ankum  
 Kartengrundlage: Liegenschaftskarte, Maßstab 1: 1000  
 Gemarkung Aslage Flur 7  
 Feldvergleich vom 30.03.1989 Az.: V 2021/89  
 Katasteramt Osnabrück, den 13.04.1989

Die Vervielfältigung ist nur für eigene, nichtgewerbliche Zwecke gestattet (§ 13 Abs. 4 Nds. Vermessungs- und Katastergesetz vom 02. Juli 1985 - Nds. GVBl. S. 187); dazu gehören auch Zwecke der Bauleitplanung.



Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 08.12.1986 (BGBl. I. S. 2253) und der §§ 56, 97 und 98 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) i.d.F. vom 06.06.1986 (Nds. GVBl. S. 157) zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.09.1989 (Nds. GVBl. S. 345) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung i.d.F. vom 22.06.1982 (Nds. GVBl. S. 229), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.09.1989 (Nds. GVBl. S. 345), hat der Rat der Gemeinde/Stadt.....ANKUM.... diesen Bebauungsplan Nr. 30... "WOHNPAK ASLAGE 1.ÄNDERUNG" bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden/nachstehenden textlichen Festsetzungen sowie den folgenden örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung als Satzung beschlossen:

ANKUM, den 25. 01. 1990

In Vertretung  
 Ratsvorsitzender

Gemeindedirektor

#### TEXTLICHE FESTSETZUNGEN:

Von den Festsetzungen des Bebauungsplanes "Stellung der baulichen Anlagen" kann die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde Ankum eine Ausnahme gem. § 31 (1) BauGB von 90 Grad zulassen.

#### GESTALTERISCHE FESTSETZUNGEN:

Dachneigung und Dachform sind im Bebauungsplan festgesetzt. Garagen und sonstige Gebäude ohne Aufenthaltsräume können auch mit Flachdach errichtet werden. Die festgesetzte Gradzahl der Dachneigung gilt bei Walmdächern für die längere Traufenseite, von der Regelung ist die kurze Walmsseite ausgenommen.

Die Traufenhöhe der Gebäude darf, gemessen von Oberkante Erdgeschoßfußboden bis Schnittpunkt Unterkante Sparren mit Gebäudeaußenwand das Maß von 3,50 m nicht überschreiten.

Die Oberkante Erdgeschoßfußboden darf 0,50 m über der Mitte der fertigen Straße (erschließende Verkehrsfläche) vor dem jeweiligen Grundstück nicht überschreiten.

Mit Inkrafttreten dieses Änderungsplanes treten die Festsetzungen des Ursprungsplanes für den Geltungsbereich dieser Änderung außer Kraft.

### Zeichenerklärung:

#### ART DER BAULICHEN NUTZUNG

WA ALLGEMEINES WOHNGEBIET

#### MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

04 GRUNDFLÄCHENZAHL  
 05 GESCHOSSFLÄCHENZAHL  
 I ZAHLE DER VOLLGESCHOSSE (HÖCHSTGRENZE)

#### BAUWEISE, BAUGRENZEN

△ OFFENE BAUWEISE, NUREINZEL- U. DOPPELHÄUSER ZULÄSSIG  
 SD SATTELDACH  
 WD WALMDACH  
 26°-34° DACHNEIGUNG  
 BAUGRENZE  
 <=> STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGE (LÄNGERE MITTELACHSE DES HAUPTBAUKÖRPERS GLEICH FIRSTRICHTUNG)

#### VERKEHRSFLÄCHEN

STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN (GEMEINDESTRASSE)  
 STRASSENBEGRÄNZUNGSLINIE  
 FUSSWEG

#### GRÜNFLÄCHEN

FLÄCHE ZUM ANPFLANZEN UND ERHALTEN VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN (§ 9 ABS. 1 NR 25 a u b BauGB)

#### SONSTIGE FESTSETZUNGEN

NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE  
 GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES  
 ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN  
 VORH. 10kV-ERDKABEL / VORH. NIEDERSpannungs-ERDKABEL

SOLLTEN BEI DEN GEPLANTEN BAU- UND ERDARBEITEN UR- ODER FRÜHGESCHICHTLICHE BODENFUNDEN GEMACHT WERDEN WIRD DARAUF HINGEWIESEN, DASS DIESE MELDEPFLICHTIG SIND (NDS. DENKMALSCHUTZGESETZ VOM 30.5.1978). DIE FUNDE SIND UNVERZÜGLICH DER ZUSTÄNDIGEN KREIS- UND GEMEINDEVERWALTUNG ZU MELDEN.

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 08. 08. 1989 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 30... "1.ÄNDERUNG" beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 30. 08. 1989 ortsüblich bekanntgemacht.

Gemeindedirektor

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach. (Stand vom .....). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

OSNABRÜCK, den .....  
 Katasteramt

Der Entwurf des Babauungsplanes wurde ausgearbeitet vom

INGENIEURBÜRO  
 HEINZ WISSMANN  
 AM BRINK 19  
 4558 BERSENBRÜCK

Bersenbrück, den 12.12.1989

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 20. 09. 1989 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 26. 10. 1989 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 06. 11. 1989 bis 19. 12. 1989 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

ANKUM, den 25. 01. 1990

Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am ..... dem geänderten/ergänzten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die erneute Auslegung gemäß § 3 Abs. 3 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der erneuten öffentlichen Auslegung wurden am ..... ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des geänderten/ergänzten Bebauungsplanes und der Begründung haben vom ..... bis ..... gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

ANKUM, den .....

Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am ..... dem geänderten/ergänzten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und gemäß § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB die Beteiligung der Eigentümer der von den Änderungen/Ergänzungen betroffenen Grundstücke und Träger öffentlicher Belange beschlossen. Den Beteiligten im Sinne von § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB wurde mit Schreiben vom ..... Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum ..... gegeben.

ANKUM, den .....

Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde hat den Babauungsplan nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 19. 12. 1989 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

ANKUM, den 25. 01. 1990

Gemeindedirektor

Der Bebauungsplan ist gemäß § 11 Abs. 3 BauGB dem Landkreis Osnabrück angezeigt worden.

Der Landkreis Osnabrück hat mit Verfügung vom 3. APR. 1990 erklärt, daß keine Verletzungen von Rechtsvorschriften geltend gemacht werden.  
 Landkreis Osnabrück, den 3. APR. 1990

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens (§ 11 Abs. 3 BauGB) ist gemäß § 12 BauGB am 30. 04. 1990 im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 30. 04. 1990 rechtsverbindlich geworden.

ANKUM, den 30. 04. 1990

Gemeindedirektor

## BEBAUUNGSPLAN NR.30 WOHNPAK ASLAGE 1.ÄNDERUNG

GEMEINDE ANKUM  
 LANDKREIS OSNABRÜCK

3. Ausfertigung